



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/118 - 24.5.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Vor der außenpolitischen Debatte	S. 1
Die Schweiz und die Politik der Entspannung	S. 3
Verkehrsschranken müssen fallen/Zur Initiative des Gesamtdeutschen Ausschusses	S. 4

## Washingtonreise ersetzt kein Verhandlungsprogramm

sp - Nach monatelangen Drängen der Opposition wird der Bundestag am Freitag eine außenpolitische Debatte führen, der sich Regierung und Koalition ebensolange hartnäckig widersetzt haben. Sie würde vermutlich auch in dieser Woche noch nicht stattfinden, wenn nicht eine Große Anfrage, wie sie die Sozialdemokraten eingebracht haben, innerhalb von drei Wochen von der Regierung im Plenum des Bundestages beantwortet werden muß. Fast auf den Tag ein Vierteljahr ist seit der Annahme der Pariser Verträge vergangen. Gleichzeitig einigte sich der Bundestag damals auf eine EntschlieÙung, die die Regierung aufforderte, dahin zu wirken, dass eine ständige Kommission aus je einem Vertreter der drei Westmächte und der Bundesrepublik gebildet werde mit der Aufgabe, alle zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sich bietenden Gelegenheiten zu erörtern und Vorschläge auszuarbeiten, um aussichtsreiche Verhandlungen vorzubereiten.

Darauf bezieht sich auch die Große Anfrage, die am Freitag auf der Tagesordnung steht. Sie erkundigt sich außerdem nach den Instruktionen und Vollmachten der Delegation, die unter dem Botschafter Blankenhorn seinerzeit in London verhandelt hat. Sie führt Beschwerden über die Ausschaltung des Parlaments für den Fall, dass wirklich von der Regierung ein Wiedervereinigungs-Programm vorbereitet wird. Sie fragt, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um zu verhindern, dass der militärischen Blockbildung und damit der Spaltung Deutschlands der Vorrang vor einer Übereinkunft über die friedliche Wiedervereinigung

24.5.1955

gung gegeben werde. Sie erkundigt sich schließlich nach der Stellungnahme der Regierung zu jenen vielzitierten Äußerungen des früheren Bundespressechefs, dass als Preis für eine Wiedervereinigung unmöglich auf militärische Stützpunkte anderer Mächte in Deutschland und auf militärische Allianzen verzichtet werden könne.

Diese Große Anfrage ist am 4. Mai eingebracht worden. Keine der in ihr enthaltenen Einzelfragen wurde inzwischen durch irgendein Ereignis zufriedenstellend beantwortet, kein Zweifel behoben. Auch heute kennt insbesondere niemand das konkrete Verhandlungsprogramm der Regierung, soweit es es gibt. Das, was bisher unverändert als Programm der Regierung gilt - engster, vorbehaltloser militärischer Anschluß der Bundesrepublik an die NATO - ist, wie Ollenhauer dieser Tage pointiert sagte, eher ein Programm gegen die Wiedervereinigung.

Bemerkenswert ist dabei, dass gerade in den zurückliegenden Wochen einer maximalen Passivität der Bundesregierung in dieser Frage die internationale Situation die erste gründliche Auflockerung und weitreichende Entspannung der verhärteten politischen Fronten seit langen Jahren gebracht hat. Das antliche Bonn hat darauf nicht anders als mit dem erklärten Willen reagiert, das sogenannte Freiwilligengesetz, den ersten Teil der Wehrgesetzgebung, noch vor den Sommerferien zu verabschieden. Sie forciert damit mit aller Gewalt gerade den Teil der Politik, von dem jedermann weiß, dass er das Haupthindernis für eine einigermaßen aussichtsreiche Wiedervereinigungs-Politik bildet.

Unter diesem Gesichtspunkt ist wohl auch die Absicht des Bundeskanzlers zu sehen, noch Mitte Juni zu einem neuen, sehr kurzfristig anberaumten Besuch nach der USA zu fahren. Sie steht in offenkundigem Zusammenhang mit der letzten Nachricht aus den USA. Botschafter Krekeler, der sich gegenwärtig in der Bundesrepublik zur Berichterstattung aufhält, muß recht beunruhigende Eindrücke über einen Stimmungsumschwung in sehr einflußreichen amerikanischen Kreisen mitgebracht haben. Zahlreiche Pressestimmen hatten das schon vorher erkennen lassen. Es hat fast den Anschein, als beabsichtige der Bundeskanzler mit seiner angekündigten Blitzreise diesen Tendenzen entgegenzutreten.

Gerade in dieser Situation, die international gekennzeichnet ist durch das allgemeine Bestreben nach Entspannung, ohne dass die Bundesregierung dem ein eigenes, den neuen Umständen angepasstes Verhandlungsprogramm beisteuert, ist eine offene Aussprache über den deutschen Standort in dieser Phase der Weltpolitik notwendiger denn je. \* \* \*

24.5.1955

Schweizer Außenminister für "universale Ordnung"

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Es kommt nicht allzuoft vor, dass der Schweizer Außenminister und diesjährige Bundespräsident Dr. Max Petitpierre vor die Öffentlichkeit tritt und seine, d.h. seiner Regierung Ansichten über den Lauf der Welt bekannt gibt. Wenn es aber einmal vorkommt, geschieht dies mit einer Überlegenheit, die beweist, wie intensiv man in der Hauptstadt der neutralen Schweiz die internationalen Probleme studiert. So verdient auch die Rede, die Außenminister Petitpierre vor dem Parteitag der Schweizer Freisinnigen Partei gehalten hat, über die Grenzen des Landes hinaus beachtet zu werden.

Petitpierre sprach u.a. davon, dass die Menschheit an einem Wendepunkt angelangt sei, und zwar einerseits infolge der Entdeckungen auf dem Gebiete der Atomenergie, andererseits infolge des Erwachens der bisherigen Kolonialvölker. Was die Atomfrage anbelangt, so zitierte Petitpierre einen englischen Philosophen, der die neutralen Staaten wie die Schweiz aufgefordert hatte, eine Initiative zu ergreifen. Von einer solchen Initiative verspricht sich der Schweizer Außenminister im Augenblick, da zwischen den Großmächten eine Kontroverse über das Atomwaffen-Verbot besteht, zwar nichts, doch wies er auf die am 1. August in Genf beginnende internationale Atomkonferenz hin, die den Beginn einer fruchtbaren Zusammenarbeit im Interesse der ganzen Menschheit darstellen könnte. Zur Frage des absterbenden Kolonialismus erklärte Petitpierre dann wörtlich: "Die Pessimisten werden vielleicht in der Konferenz von Bandung, von der Europa ausgeschlossen war, eine Art Beweis für die Dekadenz unseres Erdteils erkennen. Mir scheint, sie haben unrecht. Die Konferenz kann das Ende eines imperialistischen und kolonialistischen Europas anzeigen. Aber wenn Völker, deren Zivilisation mitunter älter ist als die unsrige, nach einem langen Schlaf das Bewußtsein der in ihnen liegenden Kräfte wiedererlangen, so bedeutet diese Tatsache nicht, dass Europa in der Welt nicht mehr die Rolle spielen könnte, die ihm früher zugestanden hat. Es wird dies in einer anderen Form tun können..."

24.5.1955

Diese beiden Probleme - Atomenergie und Erwecken der kolonisierten Völker - könnten nach Ansicht Petitpierres die Menschheit in für die Zukunft der menschlichen Rasse höchst gefährliche Bahnen lenken. Wenn diese Probleme allerdings rechtzeitig auf eine vernünftige Weise gelöst würden, könnten sie dazu dienen, die Menschheit allmählich einer "universalen Ordnung" entgegenzuführen, in der der Friede durch eine wirkliche Zusammenarbeit gesichert wäre und nicht bloß auf einer Koexistenz beruhte, bei der man sich gegenseitig nur duldet.

Der Schweizer Außenminister gebrauchte in diesem Zusammenhang den Ausdruck "Blockpolitik" nicht, aber was er meinte, wurde vollends durch die Bemerkung klar, dass alle Länder heute den neuen Perspektiven Rechnung tragen müßten und die traditionelle Politik und ihre Methoden heute überholt seien. Sie entsprächen nicht länger einer Entwicklung, welche die Begriffe erschüttere, die bisher das Leben der Menschheit geregelt hätten. Es wäre, so meinte Petitpierre, die Aufgabe der Regierungen und Staatsmänner, diejenigen Mittel zu suchen, die eine neue Ordnung zu schaffen geeignet wären: man verstehe es, wenn ein Einstein das einzige Heil der Menschheit in einer "radikalen Neuordnung der internationalen Beziehungen", in der Idee einer "der gegenseitigen Kontrolle geöffneten Welt", ja sogar in der Gründung einer Weltregierung gesehen habe. Diese Ansichten könnten utopisch erscheinen, doch seien die Gelehrten vielleicht die Propheten von heute, und ihre Stimme verdiene es, gehört zu werden.

\* \* \*

#### Weniger Ängstlichkeit, mehr Selbstvertrauen

F.B. Die Drucksache 310 des Deutschen Bundestage enthält einen der weniger Anträge, der von Abgeordneten fast aller Fraktionen unterzeichnet worden ist. Man findet die Namen Dr. Friedensburg von der CDU, Prinz zu Löwenstein von der FDP, Paller von BHE, Maier und Mittelwitz von der SPD. Diese Abgeordneten waren sich einig darin, die Bundesregierung zu ersuchen, den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und den anderen deutschen Landesteilen zu normalisieren und

zu verbessern. Der Antrag trägt das Datum vom 16. März 1954 und am 26. Mai 1955, also nach mehr als einem Jahr wird sich voraussichtlich das Plenum damit zu befassen haben.

Es wird jedoch nicht mehr über diesen Antrag, sondern über einen mündlichen Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen zu entscheiden haben, der in detaillierter Form Vorschläge unterbreitet, wie auf den Gebieten des Verkehrs und des Passwesens die Verhältnisse zwischen den einzelnen deutschen Landesteilen wieder normalisiert werden können.

Der Ausschuß schlägt z.B. im Hinblick auf die sowjetisch besetzte Zone vor, dass die Erschwerungen im Personenverkehr von sowjetzonaler Seite abgebaut werden sollen. Man denkt hierbei offensichtlich an den Fortfall der so lästigen Aufenthaltsgenehmigung in der Sowjetzone. Ferner wird die Wiedereröffnung der im Sommer 1952 geschlossenen Grenzübergangstellen vorgeschlagen, die notwendigen Kontrollen an der Grenze sollen in die fahrenden Züge verlegt werden. Nicht minder wichtig ist der Vorschlag, mit der sowjetzonalen Reichsbahn ein Abkommen über die Ausgabe von Rückfahrkarten zu treffen und darauf hin zu wirken, dass den 1952 von ihren Grundstücken in berlinnahen Gebieten der sowjetisch besetzten Zone abgeschnittenen Pächtern und Besitzern und den Bauern auf beiden Seiten der Zonengrenze wieder die unbehinderte Bewirtschaftung ihrer Grundstücke ermöglicht wird.

Die Frage ist nur, wie man das alles erreichen kann, da nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die Sowjetzone ihre Zustimmung geben muß. Taucht hier nicht wieder, ähnlich wie bei den Straßenbenutzungsgebühren, die Gefahr auf, dass Pankow daraus eine Anerkennung seines Regimes ableitet? Nun, der Ausschuß erklärt, die Bundesregierung solle alle zur Erreichung dieser Ziele geeigneten Maßnahmen ergreifen, die nicht als Anerkennung der in anderen deutschen Landesteilen eingerichteten Regierungen oder Verwaltungen ausgelegt werden müssen.

Man wird also verhandeln müssen und sicherlich wird Pankow alles versuchen, um daraus eine Legitimation seines Regimes ableiten

24.5.1953

zu können. Ist das aber ein Grund, um gar nichts zu tun? Bei aller Wahrung des Rechtsstandpunktes scheint es notwendig zu sein, dass auch auf Seiten der Bundesrepublik eine überbetonte Ängstlichkeit abgelegt wird. Es würde beispielsweise niemandem schaden, wenn im Hinblick auf die Erleichterungen im Eisenbahnverkehr der Präsident der Bundesbahn Verhandlungen mit der Gegenseite führen würde. Daraus kann niemand eine Anerkennung der Parkower Regierung herleiten; auf der anderen Seite aber würde dennoch ein verantwortlicher Mann der Bundesrepublik Verhandlungspartner sein. Vielleicht wären wir auf diesem Gebiet sogar schon ein ganzes Stück weiter, wenn die Bundesregierung solche Verhandlungen, die schon vor einiger Zeit geplant waren, nicht verhindert hätte. Wie grotesk ist beispielsweise die Anweisung des Auswärtigen Amtes, dass bei internationalen Fahrplankonferenzen die Vertreter der Bundesrepublik den Saal verlassen sollen, wenn die Ostzonenleute auftauchen!

Der Ausschuß schlägt aber auch einige Maßnahmen vor, die man direkt verwirklichen könnte, z.B. der Fortfall der Ausweiskontrolle im Flugverkehr nach Berlin. Ausschließlich in die deutsche Zuständigkeit fallen auch die Vorschläge, im Paketverkehr mit Berlin die sogenannte Ostpreußen-Regelung einzuführen, d.h. der Gebührenrechnung eine niedrigere Entfernungszone zugrunde zu legen als es der geographischen Entfernung entspricht. Ohne Schwierigkeiten könnte auch dem Ausschuß-Antrag entsprochen werden, zwischen Berlin und dem Bundesgebiet die Durchbrechung der Frachttarife zu erstreben.

Entscheidend aber wird es darauf ankommen, auch die sowjetzonale Seite zur Erleichterung im Verkehr zwischen Menschen und Gütern beider Zonen zu bewegen. Dabei wird man nichts erreichen, wenn man sich nur auf die "moralischen Hinterbeine" setzt. Es ist auch auf Seiten der Bundesrepublik ein gewisses Maß von Souveränität in der Verhandlungsführung erforderlich. Es wird an Versuchen der Parkower nicht fehlen, daraus eine Anerkennung ihres Regimes abzuleiten. Das aber sollte nicht davon abschrecken, ernste Versuche zu unternehmen, um den Menschen beiderseits der Grenzen ihr Los zu erleichtern.

-----  
\* \* \*  
Verantwortlich: Peter Raukau